Richtlinie

zur Förderung von Trägern öffentlich geförderter Beschäftigung der Stadt Dessau-Roßlau

INHALT

1. Zweck der Zuwendung, Rechtsgrundlage

2. Gegenstand der Förderung

3. Zuwendungsempfänger

4. Bewilligungsvoraussetzungen

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

5.1 Arten der Zuwendungen

5.2 Finanzierungsarten

5.3 Form der Zuwendungen

5.4 Bemessungsgrundlage

5.4.1 Verwaltungshaushalt

6. Verfahren

6.1 Antragsverfahren

6.2 Prüfungs- und Bewilligungsverfahren

6.3 Verwendungsnachweisverfahren

7. Bewilligungsbehörde

8. Inkrafttreten und Fortschreibung

1. Zweck der Zuwendung, Rechtsgrundlage

Die Stadt Dessau-Roßlau gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie und auf der Grundlage des § 2 Abs. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) in der jeweils gültigen Fassung Trägern von öffentlich geförderter Beschäftigung entsprechend § 16d des Zweiten Sozialgesetzbuches eine finanzielle Zuwendung. Für die Bewilligung dieser Fördermittel gelten ergänzend §§ 23, 44, 105 der Landeshaushaltsordnung Sachsen-Anhalt (LHO LSA) in der jeweils gültigen Fassung sowie die dazugehörigen Verwaltungsvorschriften (VV) in der jeweils gültigen Fassung. Es gilt ergänzend die Verwaltungsanordnung Nr. 34 „Allgemeine Bewilligungsbedingungen für Zuwendungen der Stadt Dessau-Roßlau“ in der jeweils gültigen Fassung, soweit in dieser Richtlinie davon keine Abweichungen zugelassen sind.

Die Stadt Dessau-Roßlau entscheidet auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht.

2. Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung sind ungedeckte Maßnahmekosten von Projekten und Maßnahmen, die im öffentlichen Interesse liegen, zusätzlich sind und die regionale Beschäftigungs- und Eingliederungsförderung unter Berücksichtigung kommunaler Interessenlagen realisieren.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger können Träger der öffentlich geförderten Beschäftigung sein, wenn sie die Gewähr für Kontinuität und Solidität der Arbeit bieten.

4. Bewilligungsvoraussetzungen

a) Voraussetzung für die Bewilligung ist, dass die Durchführung von Projekten und Maßnahmen im Hoheitsbereich der Stadt Dessau-Roßlau erfolgt und eine Genehmigung bzw. Maßnahmeplanung des Jobcenters Dessau-Roßlau zu der entsprechenden Maßnahme vorliegt.

b) Voraussetzung für die Gewährung einer Zuwendung ist die Abstimmung der Planung bzw. der Weiterführung von Projekten und Maßnahmen der Stadt Dessau-Roßlau in Bezug auf örtlichen Bedarf, einer inhaltlichen und finanziellen Konzeption und Standort. Dabei sind die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit maßgeblich.

c) Bei Maßnahmen, die nicht ausschließlich Bürgern der Stadt Dessau-Roßlau zugute kommen, ist die Größe des Projekts bzw. die Personenanzahl der Hilfebedürftigen oder zu Betreuenden, für die die Stadt Dessau-Roßlau zuständig ist, nachzuweisen sowie ein Komplementärfinanzierungsplan vorzulegen.

d) Bewilligt werden können auch Zuwendungen an auswärtige Antragsteller, soweit sich ihr Vorhaben auf das Stadtgebiet Dessau-Roßlau bezieht.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

5.1 Art der Zuwendungen

Als Zuwendung im Sinne dieser Richtlinie wird, gem. VV Nr. 2 zu § 23 LHO, die

- Projektförderung

bestimmt.

5.2 Finanzierungsarten

Im Rahmen dieser Förderungsart, sind folgende Finanzierungsarten möglich:

- Fehlbedarfsfinanzierung
- Festbetragsfinanzierung

5.3 Form der Zuwendungen

Die finanzielle Unterstützung kann als Zuwendung (nicht rückzahlbar) oder als Darlehen gewährt werden.

5.4 Bemessungsgrundlage

5.4.1 Verwaltungshaushalt

Personal- und Sachkosten (pauschal)

Die Gewährung kann nur als Teilfinanzierung erfolgen. Bei der Gewährung von Personalkostenzuwendungen dürfen keine höheren Vergütungen als nach den Eingruppierungs- bzw. Entlohnungsgrundsätzen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) gezahlt werden. Darüber hinaus darf keine Besserstellung zu den fest angestellten MitarbeiterInnen der Stadt Dessau-Roßlau erfolgen.

Pauschal werden Zuwendungen bis maximal 400,00 EUR an Personal- und Sachkosten, pro Jahr je Maßnahmeteilnehmer nach Verfügbarkeit der Haushaltsmittel gewährt.

Es werden nicht rückzahlbare Zuwendungen zur Projektförderung in Form einer Fehlbedarfs- oder Festbetragsfinanzierung gewährt. Die Koordinierungsstelle Arbeit und Soziales setzt die zuwendungsfähigen Ausgaben fest.

Zuwendungsfähige Sachausgaben sind insbesondere (nicht abschließend):

- Nutzungsentgelte für projektbedingte Raumanmietungen
- Porto- und Telefonausgaben, Büromaterialien
- Broschüren, Zeitschriften und sonstige Informationsmaterialien

Nicht zuwendungsfähige Sachkosten sind:

- Ausgaben für Speisen und Getränke.

6. Verfahren

6.1 Antragsverfahren

Zuwendungen werden nur auf schriftlichen Antrag, welcher mindestens 8 Wochen vor Projektbeginn gestellt wurde, gewährt. Zur Beantragung soll das vorgegebene Formular verwendet werden.

Dem Antrag muss beigefügt werden:

- die Vereinssatzung in der gültigen Fassung und der Nachweis der Eintragung in das Vereinsregister beim zuständigen Amtsgericht (bei Änderung der Satzung sowie bei Änderung des Nachweises der Eintragung in das Vereinsregister muss die Neufassung umgehend bei der Stadt Dessau-Roßlau eingereicht werden)
- der aktuellste Feststellungsbescheid des Finanzamtes (d. h. der gültige Nachweis der Gemeinnützigkeit)
- ein schlüssiger Finanzierungsplan für das Projekt oder die Maßnahme analog den Vorgaben des Antragsvordruckes (Zuwendungen Dritter, Eigenanteil, Inhalt, organisatorische Durchführung und Zeitplanung)
- bei beantragter Beteiligung an Personalkosten der Nachweis der Tätigkeitsmerkmale mit Entgeltgruppe und Stufe
- der vollständige Antragskopie des Trägers an das Jobcenter Dessau-Roßlau sowie sämtliche zugehörige Vergleichsangebote (Kostenvoranschläge entsprechend Vorgaben des Jobcenters Dessau-Roßlau) zur Maßnahme

6.2 Prüfungs- und Bewilligungsverfahren

Die Bewilligung erfolgt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales wird regelmäßig Kenntnis über die Vergabe der Fördermittel gegeben.

6.3 Verwendungsnachweisverfahren

Der Nachweis der Verwendung hat gemäß Punkt 6 „Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)“ zu erfolgen. Im Verwendungsnachweis ist durch rechtsverbindliche Unterschrift des Zuwendungsempfängers zu bestätigen, dass die Ausgaben notwendig waren, zweckgebunden, wirtschaftlich und sparsam verwendet worden sind, die Angaben vollständig sind und mit den Büchern und Belegen übereinstimmen. Die Unterlagen und Originalbelege sind für den Fall einer Überprüfung fünf Jahre aufzubewahren; innerhalb des Aufbewahrungszeitraums haben MitarbeiterInnen der Kommune jederzeit das Recht, Einsicht in die Unterlagen und Originalbelege zu nehmen. Der Empfänger erkennt das uneingeschränkte Prüfungsrecht der Stadt Dessau-Roßlau an.

Im Rahmen der Zuwendungsgewährung wird einzelfallbezogen, abweichend von der VAO 34, Nr. 5, bestimmt, ob ein vereinfachtes Verfahren zugelassen wird. Bemessungsgrundlage ist die durchschnittliche Projektteilnehmerzahl, bezogen auf das Verhältnis zwischen Gesamtprojektteilnehmer und Träger öffentlich geförderter Beschäftigung, welche tatsächlich Maßnahmen oder Projekte durchführen.

7. Bewilligungsbehörde

Für die Ausführung der Richtlinie ist Koordinierungsstelle Arbeit und Soziales der Stadt Dessau-Roßlau zuständig.

8. Inkrafttreten und Fortschreibung

Die „Richtlinie zur Förderung von Trägern öffentlich geförderter Beschäftigung der Stadt Dessau-Roßlau“ tritt rückwirkend zum 1. März 2013 in Kraft. Die Regelungen dieser Richtlinie sind jährlich, jeweils zum 31. Dezember und erstmals zum 31.12.2013 zu überprüfen. Unabhängig davon sind notwendige Änderungen auch außerhalb der Überprüfungsstichtage, sofern erforderlich, zulässig.